

FDP

Die Liberalen

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 209 / 2014

Kiel, Mittwoch, 14. Mai 2014

Verkehr / Weiterbau der A 20

## Christopher Vogt: Die Koalition muss Farbe bekennen, wofür sie bei der A 20 wirklich steht

In seiner Rede zu TOP 49 und 53 (Weiterbau der A 20) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich danke der Landesregierung für den vorgelegten Bericht, in dem sie die ja bereits vor einiger Zeit geäußerte Idee von Verkehrsminister Meyer präzisiert, wie man die westliche Elbquerung der A 20 mithilfe einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft realisieren könnte. Über die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur haben wir eben bereits diskutiert: Die Realisierung der westlichen Elbquerung ist – allein schon mit Blick auf den knappen Verkehrsetat des Bundes – ohne Frage kein leichtes Unterfangen und ich finde es grundsätzlich erst einmal begrüßenswert, wenn dahingehend konstruktive Überlegungen von einer Landesregierung angestellt werden, die sich ja leider noch immer nicht geschlossen zur A 20 bekennt. Herr Minister, Sie haben ihren zwischenzeitlichen Vorschlag, für die Realisierung der westlichen Elbquerung eine Landesgesellschaft zu gründen, mittlerweile aus gutem Grund wieder verworfen: Bei einer Bundesautobahn muss es natürlich um eine Gesellschaft des Bundes gehen, der dann auch dafür haftet.

Nun ist meine Fraktion grundsätzlich der Auffassung, dass der Ausbau und der Erhalt des Bundesfernstraßennetzes eine staatliche Kernaufgabe ist – die Infrastruktur muss also aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden und Mobilität muss für alle Bürger bezahlbar sein. Die chronische Unterfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur muss durch eine andere Schwerpunktsetzung in den öffentlichen Haushalten beendet werden. Man darf aber auch in Einzelfällen über alternative Finanzierungsmodelle nachdenken, beispielsweise um die westliche Elbquerung realisieren zu können – getreu dem Motto ‚Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach‘.

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Ich teile die Auffassung der Landesregierung, dass die österreichische ASFINAG als Modell für Einzelprojekte wie die westliche Elbquerung nicht geeignet erscheint. Das dänische Modell, wie es mit Femern A/S bei der Realisierung der Festen Fehmarnbelt-Querung Anwendung findet, ist in der Tat deutlich interessanter. Die Tilgung der abgesicherten Kredite erfolgt auch hier aus den Mauteinnahmen – also durch die Nutzer einer bestimmten Infrastruktur – und nicht aus dem öffentlichen Haushalt. Eine solche Finanzierung ist aus meiner Sicht immer nur die zweitbeste Lösung, aber im Zweifel besser als eine ÖPP-Lösung.

Der vorgelegte Bericht zeigt Möglichkeiten auf, aber er bleibt am Ende doch sehr vage. Die entscheidende Frage, die die Landesregierung nun beantworten muss, lautet: Will die Landesregierung das Modell einer staatlichen Projektgesellschaft umsetzen? Falls ja, muss sie entsprechende Gespräche mit der Bundesregierung bzw. den Bundestagsfraktionen führen oder dieses Modell mithilfe einer Bundesratsinitiative vorantreiben. Dieses Modell ist ja mit Sicherheit auch für andere Bundesländer eine Option.

Bis zur Elbe muss die A 20 aber erst einmal weitergebaut werden. Und da gab es zuletzt herbe Rückschläge. Das ‚Fledermaus-Urteil‘ für den Bereich Segeberg war für die Grünen im Nachhinein ein Pyrrhussieg, weil sie dadurch nun erklären müssen, mit welchen Argumenten sie sich dem Weiterbau westlich der A 7 jetzt noch verweigern. Die Verzögerungen beim Bauabschnitt Weede-Wittenborn, die durch ärgerliche Planungsfehler entstanden sind, und der faule Kompromiss im Koalitionsvertrag, der gerade im verkehrspolitischen Bereich ohnehin nur partiell gültig zu sein scheint, dürfen nicht die Ausrede für jahrelanges Nichtstun sein. Wir schlagen vor, zunächst weiter westlich weiterzubauen. Darüber werden wir heute abstimmen und die Koalition muss Farbe bekennen, wofür sie bei der A 20 wirklich steht.

Nun gab es in den letzten Tagen ja bemerkenswerte Entwicklungen. Die Grünen hatten einen Landesparteitag in Brunsbüttel und haben dabei die sensationelle Erkenntnis gewonnen, dass Schleswig-Holstein ein Flächenland ist, in dem man in den meisten Landesteilen nicht so einfach auf das Auto verzichten kann, wenn man für mittlere Strecken nicht den halben Tag Zeit hat. Die Grünen versuchen, sich als Pragmatiker zu inszenieren – dabei sind sie bei der A 20 noch immer das genaue Gegenteil. Ihre Doppelstrategie ist allzu durchschaubar. Um bei der A 20 den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, scheut man offenbar auch vor skurrilen Maßnahmen nicht zurück: Es ist doch absurd, dass die Grünen nun Fährverbindungen prüfen wollen und – nach jahrzehntelangen Planungen – alternative Trassen suchen wollen, während die rot-grün-blaue Landesregierung alle fehlenden Bauabschnitte mit viel Steuergeld weiter plant und dem Landtag zudem Vorschläge zur Finanzierung der westlichen Elbquerung vorlegt. Die Koalition will die Bürger bei der A 20 hinter die Fichte führen. Verkehrsminister Meyer hilft den Grünen auch noch dabei, sich

in dieser Frage zunächst bis zur Wahl 2017 zu retten, indem er die Realisierung der westlichen Bauschnitte entgegen allen bisherigen Erklärungen nun doch hinauszögern will. Das verwundert uns sehr, denn mit ihrem begleitenden Parteitagsbeschluss wollen die Grünen offenbar bereits die Blockade in der nächsten Legislaturperiode vorbereiten. Warum macht die SPD das mit? Es tritt nun leider genau das ein, was wir zu Beginn der Legislaturperiode befürchtet haben: Es wird in dieser Legislaturperiode von dieser Landesregierung kein einziger Meter A 20 gebaut werden und die Verantwortung dafür trägt diese Landesregierung!“